

gaben klagte, die die Bergpolizei, die Oberbergämter und Bergämter in ganz Preußen und das bergbauartige Unterrichts- und Verwaltungsweisen verwickeln. Alle die hohen Kosten werden aus den Ueberschüssen des fiskalischen Bergbaues gedeckt. Das macht die hübsche Summe von 57 Millionen Mark jährlich aus. Hätte der fiskalische Bergbau diese Ausgaben, die eigentlich unter das allgemeine Polizeiwesen fallen, nicht zu decken, so würde der preussische Bergbau nach außen ganz anders da wie jetzt; und dem Bürgertum, den Gegnern des staatlich verwalteten Betriebes, würde ein billiges Agitationsmittel entzogen werden. Auch der beste Betrieb kann solche Millionenausgaben nicht tragen ohne Einwirkung auf die Bilanz. Wenn auch unsere Anträge restlos abgelehnt worden sind, so lassen wir uns dadurch in unserem Vorgehen gegen den Kapitalismus absolut nicht zurückhalten. Das von uns als richtig Erkannte wird nach wie vor, und zwar mit doppeltem Eifer, verfolgt werden.

Das neue monarchistische Verbrechen

Woher stammen die Waffen der Mörder?

Die Berliner Sowjetvertretung hat über das Revolverattentat der russischen Monarchisten in der Pöhlharmonie einen umfangreichen Bericht nach Moskau geschickt. Wie verlautet, wird die Sowjetregierung bei der deutschen Regierung besondere Vorstellungen erheben, in der die Notwendigkeit betont werden soll, die Sicherheit der sowjetrussischen Vertreter auf deutschem Boden zu gewährleisten, insbesondere während der bevorstehenden Durchreise der russischen Delegation für Genua.

Diese Vorkehrungen sind nach unserer Ansicht durchaus notwendig, da bekannt ist, daß das Attentat auf Miljukow das Signal zu einer Anzahl weiterer Attentate bilden soll. Der Kongreß der russischen Monarchisten in Berlin, an dem auch nachgewiesenermaßen Führer der deutschen Monarchisten teilgenommen haben, hat durchaus nicht lediglich der Beiprägung friedlicher Angelegenheiten gedient. Das Zusammenwirken der deutsch-russischen mit den russischen Monarchisten ist seit langem bekannt, beide Gruppen arbeiten aufs engste zusammen und auf ihrem politischen Programm steht: die Fehme und der politische Mord.

Die Polizei ist sich dieser Zusammenhänge hoffentlich bewußt. Da die Attentäter in schlechten finanziellen Verhältnissen lebten und die Mittel für ihre Tat von anderer Seite zur Verfügung gestellt bekamen, liegt der Verdacht nahe, daß die Spende für das Verbrechen aus einer jener Kassen stieß, aus denen auch die Erzbergermörder und andere deutschnationalistische Vorkämpfer finanziell versorgt wurden. Schon die Tatsache, daß die Attentäter ausgerechnet aus München kamen, beleuchtet blickartig den politischen Hintergrund und die ursächlichen Zusammenhänge des Verbrechens.

Die Frage, auf welche Weise die Attentäter in den Besitz der Waffen gekommen sind, verdient gleichfalls aufgeworfen zu werden. Wenn man sich an die Verhältnisse der Waffen noch vom Feldzuge her zu erinnern. Es wird also festzustellen sein, ob die Waffen deutsches oder russisches Fabrikat sind. Stammen sie aus russischen Beständen, dann ist zu untersuchen, wie die Waffen über die Grenze geschmuggelt worden sind, sind die Waffen deutsches Fabrikat, dann wird der Herkunftsort festzustellen sein. Ohne Waffenjäger darf heute keine Schutzwaffe verkauft werden. Das ist doch hoffentlich auch der Polizei bekannt.

Was geht in Lichterfelde vor?

Einer gewöhnlich gut unterrichteten Lokalkorrespondenz wird über die Vorgänge in der staatlichen Bildungsanstalt folgendes geschrieben:

Die Mahnung des früheren Leiters der Anstalt Hartmann ist, wie sehr wohl einwandfrei feststeht, darauf zurückzuführen, daß Prof. Hartmann auf die ersten Berichte über die Vorgänge in der ehemaligen Kadettenanstalt eine richtigere Klärung veröffentlicht hat. Eng verbunden mit

dieser Frage dürfte auch eine Verfügung des preuss. Kultusministeriums sein, in der dem Lehrerkollegium der Anstalt irgendwelche Neuhebungen über die fraglichen Vorgänge verboten worden sind. Wie jetzt bekannt wird, ist beabsichtigt, für die Anstalt das Winterhalbjahr bereits am 1. April zu schließen, an welchem Tage die Schüler der Anstalt in die Ferien entlassen werden sollen. Dagegen müssen die Lehrer der Anstalt sich noch weiterhin zur Verfügung der Anstaltsleitung halten. Nach allem hat es den Anschein, als ob die mit der Aufsicht über die Schule betrauten Stellen im Ministerium eine großzügige Reorganisation auch im Lehrerkollegium planen, bei der mit der Möglichkeit neuer Kundgebungen der Schüler zugunsten der Lehrer gerechnet wird, und daß somit die frühere Entlassung der Schüler, die Schweigeverpflichtung der Lehrer und die angeordnete Reorganisation in einem unmittelbaren Zusammenhang stehen.

Wenn das richtig ist, dann dürfte eine neue Anfrage des Landtages an den Herrn Kultusminister nötig sein. Wenn er auch unter Ausschluß der übrigen Öffentlichkeit reorganisieren will, so doch wohl nicht unter Ausschluß der Volksvertretung!

Der Kettenhandel des Regierungsrates

Bendiner zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I fand dieser Tage ein Prozeß wegen Kriegswuchers und Kettenhandels statt. Angeklagt waren der Landtagsabgeordnete und Regierungsrat im preussischen Landwirtschaftsministerium, Dr. Max Bendiner, der Kaufmann August Hertzen, der Direktor Heinrich Gremmler und der Kaufmann Robert Engler, denen zur Last gelegt wurde, verschiedene größere Schiebergeschäfte getätigt zu haben. Dr. Bendiner war seit 1916 Leiter der literarischen Abteilung bei der J. E. O. Er hat zusammen mit dem Angeklagten Hertzen, der Leiter des Kriegswuchers der Flugzeugindustrie war, große Privatgeschäfte in Del., Benzin, Spiritus, Strohstricken, Hülsenfrüchten, Käse und dergleichen gemacht. Das Verfahren gegen Engler mußte auf Grund der Amnestieverordnung eingestellt werden. Gremmler wurde freigesprochen. Dagegen wurde Dr. Bendiner wegen Kriegswuchers, Kettenhandels, Handels ohne Erlaubnis und Anregung zu unlauteren Machenschaften zu sechs Monaten Gefängnis und 35 000 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Angeklagte Hertzen erhielt zwei Monate Gefängnis und 25 000 Mark Geldstrafe.

Der Prozeß leuchtete in eines der dunkelsten Kapitel der Kriegszeit hinein. Während das Volk hungerte und darbt und im Felde Tausende und aber Tausende verbluteten und litten, machte sich in der Heimat eine Schicht breit, die aus der Kollage des Volkes und aus dem Glend der anderen klingende Münze zu schlagen verstand. Die Schicht dieser Schieber und Wucherer ist ziemlich breit, fast jeder, der irgendwelche Kriegsgeschäfte tätigte, kam mit dem Strafgesetzbuch in Konflikt. Viele haben's geschafft, ohne erlitten zu werden, nur wenige wurden gepöbelt. Der Prozeß würde also an sich nicht weiter bemerkenswert sein, wenn einer der Verurteilten in der Nachkriegszeit nicht ein Regierungsamt und außerdem den Posten eines Landtagsabgeordneter bekleidet hätte. Dr. Bendiner ist Mitglied der rechtssozialistischen Partei. Wie behauptet wird, soll er seiner Partei von dem gegen ihn schwebenden Verfahren keine Kenntnis gegeben haben. Diese ist erst durch den Prozeß selbst auf die gegen Dr. Bendiner erhobenen Beschuldigungen aufmerksam gemacht worden. Dr. Bendiner hat sicher nichts weiter getan, als das, was tausend andere während des Kriegs verübten und die heute alle miteinander noch im öffentlichen Leben den Ehrenmann spielen, weil sie es verstanden haben, den Mäusen des Gesetzes zu entfliehen. Schlimm wird dieser Fall erst dadurch, daß Dr. Bendiner den Mut hatte, ein Regierungsdienst anzunehmen und sich obendrein noch als Abgeordneter wählen zu lassen. Es ist selbstverständlich, daß Dr. Bendiner sein Mandat als Volksvertreter verwirft hat.

Der Obergelbe und die Lokomotivführer

Der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten ist vielfach vorgeworfen worden, in ihren Reihen seien reaktionär-putschistische Strömungen vorhanden, die bestrebt seien, die gewerkschaftlichen Mittel für ungewerkschaftliche Zwecke auszunutzen. Wir haben allen Neuhebungen des Vorstandes und der Presse der Reichsgewerkschaft, die geeignet gewesen sind, diesen Verdacht zu zerstreuen, gern Raum gegeben. Aber dennoch ist in freigewerkschaftlichen Kreisen ein gewisses Mißtrauen gegen die Zuverlässigkeit der Mitgliedschaft der Reichsgewerkschaft und ihrer Schwesterverbände — den guten Willen ihrer Führung hält wohl jedermann für unerschütterlich — dauernd rege.

Nun hat am Dienstag eine Versammlung des Kreises Berlin der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer stattgefunden, deren Verlauf nicht geeignet ist, dieses Mißtrauen zu vermindern. Als Referent sprach Scharfshwerdt, der gegen die Uebernahme des Zeiterpersonals in den Lokomotivführerdienst protestierte. Zu diesem Zweck war die Versammlung einberufen worden. Aber nicht das ist es, was die Arbeiterschaft an dieser Versammlung besonders interessieren kann. Auch was Scharfshwerdt sonst in seinem Referat sagte, war nicht neu. Dagegen erschien in der Versammlung der Reichstagsabgeordnete Geisler, der Arbeiterschaft bekannt als Hauptling der Gelben, und hielt eine Rede. Es ist erinnerlich, daß dieser Obergelbe sich neuerdings der Beamtenschaft mit ganz besonderer Liebe annimmt, und wie er das macht, das ist bekannt aus jenem von uns veröffentlichten geheimen Schreiben des Mannes an die bürgerliche Presse, worin er diese aufforderte, den Kampf gegen die Reichsgewerkschaft einzustellen und alle „Schuld“ am Eisenbahnerstreik den freien Gewerkschaften zuzuschreiben. Dieser Mann sagte nach dem uns vorliegenden Bericht in der Versammlung der Lokomotivführer folgendes:

„Er erinnerte daran, daß er bereits während des Eisenbahnerstreiks die Öffentlichkeit darauf hingewiesen habe, daß man die Schuld nicht einseitig auf die Reichsgewerkschaft laden dürfe. Auch die Regierung und vor allen Dingen die drei Spitzenorganisationen trügen die Schuld am Streik. In der Regierung und in den Verwaltungen wimmelte es von alten Gewerkschaftlern, und trotzdem habe man unverkennbarerweise den Lokomotivführern, die mehr als ihre Pflicht getan hätten, keine Gerechtigkeit widerfahren lassen. Wenn man bedenke, daß die Eisenbahnarbeiter mit jedem ihrer häufigen Streiks etwas erringen hätten, während das Lokomotivpersonal mit seinem Einkommen immer mehr zurückblieb, wenn man sich ferner erinnere, daß die Eisenbahner im Rapp-Bußch von der Regierung selbst zum Streik ausgerufen worden seien, dann könne man wohl die Erregung unter den Lokomotivführern verstehen. Jeder andere als Reichspräsident Ebert hätte den Streikerlag gegen die Eisenbahner unterzeichnen dürfen. (Stürmisches Zehr richtig!) Dennoch müsse dieser Streik der letzte Eisenbahnerstreik sein. (Zuruf: An uns liegt es nicht!) So bereinigt die Erbitterung ist, so gelassen sei es auch auf der anderen Seite, sich dadurch dauernd in eine falsche Bahn drängen zu lassen. (Zuruf: Wollen wir ja auch gar nicht!) auch unter den bürgerlichen Parteien wolle die Einsicht, daß man die Lokomotivführer nicht schlecht behandelt habe. (Zuruf: Sinnes!) Unter Sinnes würden es die Lokomotivführer niemals schlechter gehabt haben, als unter einer Regierung, in der sozialdemokratische Gewerkschaftler saßen. (Stürmischer Beifall.)

So weit der Bericht. Daß dieser Geisler in dieser Versammlung überhaupt sprechen konnte und daß er diese Ausführungen (nach dem Bericht unwidersprochen und unter stürmischem Beifall) machen durfte — das ist mehr als Tolleranz. Wir glauben, daß wir das der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft nicht näher auseinandersetzen brauchen. Ein erfreuliches Bild ist es, offen gestanden, nicht, was sich in dieser Versammlung zeigte.

Im Herzen längst Geheimrat gewesen ...

Ober: Der Konflikt in der Akademie.

Vorwort: Als die Studenten einem berühmten Rechtslehrer der Berliner Universität bei seiner Ernennung zum Geheimrat gratulierten, wehrte er mit den bescheidenen Worten ab: „Im Herzen längst Geheimrat gewesen!“

Die „Akademie der Künste“ ist eine Einrichtung, die den Staat viel Geld kostet und keinen Nutzen stifft. Sie hat ein schönes Ausstellungsgebäude, in welchem sie schlechte Ausstellungen macht. Unter dem Eindruck des 9. November öffnete die Akademie ihre stark verrosteten Tore der „Jugend“. Sie wählte zu Mitgliedern einige Kunstgewerbetler, die unter dem alten Regime noch 10 Jahre hätten warten müssen, während sie unter ihnen Käse, Kollwitz, Schade, daß sie die Wahl annahm. Diese Herrschaften dürfen sich nun „Mitglied der Akademie“ nennen und die Preise ihrer Bären entsprechend höher ansetzen. Alles unglücklich wichtige Dinge! Was würde nur aus der deutschen Kunst werden, wenn die Akademie eines solchen Tages nicht mehr existieren sollte! ... Vor Kurzem kam es zu einem Konflikt in der Akademie! Naivität: zu einem Konflikt! Wiederum wolle man einen Kollegen den Titel eines „M. d. A.“ gewähren. Wiederum sollte so die deutsche Kunst einen weichen Schritt gefördert werden. Aufanas ana alles glatt. Als aber einige Mitglieder, die man wohl nur als sinnlos aufgebende Ultras bezeichnen kann, verlangten, daß auch der Kollege E. N. Weich in die Akademie aufgenommen würde, kam es zum Sturm. Daraus sieht man, wie leidenschaftliche Feuer-Naturen unsere verehrten Akademiker sind. Denn es ist ganz außerordentlich schwer, ja, es ist fast unmöglich, sich aufzuregen, ob E. N. Weich Akademiker werden soll oder nicht. Natürlich gehört er hinein in die Akademie. Er muß ja schon seit Jahrzehnten hochakademischen Edelstills. Und es wäre ungerecht, ihn nicht aufzunehmen. Er würde denn auch schließlich gewählt. Aber es kam noch dicker. Zwei bekannte Vertreter der jüngeren Malerei wurden vorgeschlagen. Es soll sich um zwei führende Künstler des einstigen Brädekreises handeln. Na also: der eine wird doch sicherlich Max Pechstein sein und der andere wird Schmidt-Rottluff bestimmt nicht sein. Und damit wäre alles wieder in der schönsten akademischen Ordnung. Denn Schmidt-Rottluff ist der einzige der „Bräde“, der nicht im Herzen schon längst Akademiker wäre. Also wir sollten meinen, daß es nicht unbillig gewesen wäre, auch die beiden Brädemänner aufzunehmen und an die Namen der Akademie zu dekorieren. Doch hier kam es zum Bruch. Die immer unmaßlicher werdenden

Ultras, als man ihnen ihre Deroen abschlug, verstehen das Wahllosat und die Ausstellungsjury — so die für den Frühling geplante Ausstellung der Akademie nach ganz üblen und verwerflichen Vorbildern sabotierend. Ich meine aber, hier liegt ein öffentliches Interesse vor! Hier muß die Notwendigkeit eingeleitet werden! Die deutsche Kunst ist bedroht, wenn die Ausstellung nicht zustande kommt. — Diese Ausstellung sollte übrigens die „Jugend“ ganz besonders weiblich berücksichtigen ... wie das ja schon die Frühjahrsausstellung 1920 genau hatte, die Emil Nolde in sehr seiner Weise ehrte, indem sie ihn nicht zur Beteiligung aufforderte. (Wäre es so etwas wie Korpsgeist in der künstlerischen Jugend, so hätte sie darauf die Beteiligung geschlossen ablehnen müssen. Und hoffentlich wird sie es jetzt endlich tun, wenn sie erfährt, daß die Akademie auch Peter Behrens und Hans Poelzig der Mitgliedschaft nicht würdig befunden hat.)

Was wird nur aus der deutschen Kunst, wenn die Notwendigkeit rechtzeitig einspringt? Und ... was könnte nicht Gutes und Nützliches mit den Summen geleistet werden, die die vollkommen überflüssige Akademie der Künste verschlingt. Die schönen Ausstellungsräume könnten dienen, die Museen zu entlasten ... und den Professor-Titel nebe man allen deutschen Malern, die über 20 Jahre alt sind, erteilt.

Warum spricht man immer von „Verjüngung“ der Akademie? Es gibt Akademiker doch in jedem Alter, auch im spätesten, gibt sogar noch geborene Akademiker. Eine Akademie aus 20jährigen ist nicht besser als eine aus 80jährigen. Und es gibt eine expressionistische, kubistische und dadaistische Akademie! So gut wie eine lektionistische oder präsozialistische! — „Akademie“ ... dieser Begriff ist unabhängig von Alter und Richtung des Ausübenden. — „Akademie“ ... das ist das Nachgemachte, Ueberflüssige und Vanale in jeder Form und Richtung — und selbst die Wohl gewisser „Sturm“-Künstler wie Kell Walden oder William Bauer würde die Akademie nicht unakademischer machen. Der Nicht-Akademiker sind überall nur wenige. Am Herzen sind sie fast alle längst Akademiker, auch wenn sie tapfer schwimmen — um möglichst bald hineinkommen.

Nachschrift: Die Akademie der Künste ist nicht mit der akademischen Hochschule für die bildenden Künste zu verwechseln, die der „Ausbildung des Ra“ „madies“ dient. Der große Unterschied zwischen den beiden Anstalten ist der, daß die „Hochschule“ noch überflüssiger ist als die „Akademie“.

Nachwort: Inzwischen hat sich alles in Wohlgefallen aufgelöst. Die ausgedrohtene „Jugend“ ist wieder heimgekehrt, und die Ausstellung findet doch statt.

Der gedeckte Tisch im Erbegräbnis

Von Klaus Kump (Königsberg)

Vor einiger Zeit las ich in den Zeitungen, daß eine Berliner Firma eine Ausstellung veranstaltet hatte, die der „gedeckte Tisch“ hieß.

Diese Ausstellung war, das schreiben übereinstimmend alle Schilderer, sehr fein und sehr vornehm, komfortabel und aller Kunst voll.

Ich freute mich, daß man für die Reichen so sorgt und ihnen mit allem Raffinement den Tisch richtet.

Aber dann störte mich etwas an der Ausstellung.

Wir gingen die Gedanken, daß hier nicht alles so recht stimmt, und plötzlich fiel mir die Erinnerung auf an einen gedeckten Tisch, den ich in Adulgsberg gesehen und der in einem Erbegräbnis stand.

Königsberg besitzt ein paar Begräbnisstätten, die sehr schön sind.

Unter den sehr alten Bäumen mit weiten, würdevollen Kronen, in deren Schatten und Schutz man wunschlos sitzt, promenierte es sich wie in einem Park.

Bei den Toten ist im Sommer eine traumtiefte Stille und erquickende Frische, namentlich, wenn der Wind von der nahen See in den Bäumen sitzt, dessen Atem weich und wägen gleich ist.

Aber auch im Herbst ist es hier herrlich. Von den letzten Blumen, dem langsam verwelkenden Laub und den verdorrten Kräutern kommt ein Hauch so herbe, daß man dafür hält, den Hauch zu riechen, den alle, die hier ruhen, bei Lebzeiten gegen ihre Feindin und Plagegeißel gehabt haben.

An einem Herbsttag um die Mittagstunde folierte ich auf einem dieser Kirchhöfe umher.

Es war schon spät im Jahr, und die Nächte kamen bereits rau und mit Neif.

Da bemerkte ich aus einem Erbegräbnis im obersten Teil des Friedhofs Rauch sich ringeln.

Neugierig ging ich näher, und dann sah ich in einem unscheinend uralten, aber noch gut erhaltenen Erbegräbnis mit moosbewachsenen und eisüberwucherten Mauern, dessen Tür geöffnet war, gewiß, um zu lästern und ein paar warme Sonnenstrahlen hineinzulocken, einen Tisch stehen.

Das Schicksal der städtischen Tarife

Vor der Entscheidung

Die neuen Magistratsvorlagen über die Deckung der Mehrausgaben, die durch die Annahme der Schiedssprüche entstehen, haben ein sehr wechselvolles Schicksal. In der ersten Beratung des Statausschusses fand sich eine Mehrheit, die sich aus den Deutschen und Kommunisten auf der anderen Seite zusammensetzte. Beide Teile haben natürlich die Tarifvorlagen aus ganz entgegengesetzten Gründen abgelehnt. Unsere Fraktion und die Kommunisten waren der Meinung, daß die neue Erhöhung insbesondere des Gas- und Straßenbahnfahrpreises eine unerträgliche Mehrbelastung der minderbemittelten Bevölkerung darstelle, die sie nicht glauben verantwortlich zu können. Die Deutschen dagegen gingen von einer reinen Katastrophopolitik aus; sie wollten dem Magistrat die nötigen Mittel verweigern, um ihn soviel als möglich Schwierigkeiten zu bereiten.

So lagen die Dinge vor der außerordentlichen Stadtverordnetenversammlung am Dienstag, auf deren Tagesordnung die Beratung und die Beschlussfassung über die Tarifvorlagen an hervorragender Stelle stand. Da ereignete sich etwas, was eine ganz andere Situation schuf: der Magistrat hatte in einer außerordentlichen Sitzung beschlossen, die aus den Schiedssprüchen über die Erhöhung der Löhne und Gehälter resultierenden Mehrausgaben solange nicht mehr auszusparen, solange nicht die Deckung dafür bewilligt sei. Diesen Beschluß teilte der Magistrat den Fraktionsführern mit, die ihrerseits ihn ihren Fraktionen in den Sitzungen am Dienstag vor dem Plenum bekanntgaben. Die Plenarsitzung wurde, als die Beratung der Tarifvorlagen erfolgen sollte, durch eine Sitzung des Kassenrates unterbrochen, in der aber eine Verständigung unter den einzelnen Fraktionen nicht erzielt wurde. Darauf beschloß die Stadtverordnetenversammlung, die Beratung der Tarifvorlagen erst in der heutigen Donnerstagssitzung vorzunehmen.

Nach den Mitteilungen, die die Rechtspreffe über Fraktionsitzungen der Rechtsparteien im Laufe des gestrigen Tages macht, scheint sich nun doch eine Mehrheit für die Annahme der Deckungsvorlagen zu bilden. Um welchen Preis die Zustimmung der deutschnationalen Fraktion zu den Tarifvorlagen erkauf werden soll, geht aus folgender Mitteilung der „Deutschen Tageszeitung“ von gestern abend hervor:

Für die ihrer Mitverantwortung an der städtischen Verwaltung bewußten Fraktionen des Stadiparlaments ergibt sich nur die Frage, wie für die städtischen Werke und ihre Betriebsführung Verhältnisse geschaffen werden können, unter denen die Stadt einigermaßen wirtschaftlich arbeiten kann. Bei der notleidendsten Verwaltung der Straßenbahn, wird erneut die Forderung erhoben werden, diesem Unternehmen durch Heranziehung von Privatkapital die unbedingt erforderlichen Mittel in Höhe von etwa 400 bis 600 Millionen zur Erneuerung der heruntergewirtschafteten Betriebsmittel zu beschaffen. Zunächst würde die Form einer städtischen Aktiengesellschaft in Betracht kommen, wenn gleich die Forderung der Kapitalbefreiung damit noch nicht so ganz erfüllt sein dürfte. Was die Straßenbahnverkehrssteigerung anlangt, so bestehen bei einem Teil der bürgerlichen Fraktionen nicht unerhebliche Bedenken wegen des großen Sprunges von 2 auf 3 Mark, und man hat hier schon angeregt, vielleicht zunächst nur auf 2,50 Mark zu gehen, weil die Umwanderung auf die Hochbahn und insbesondere die Stadtbahn mit ihren vorläufig noch weit niedrigeren Tarifen zu groß sein würde. Die fortschreitende Geldentwertung und auch gewisse Annehmlichkeitenfragen, die mit der Bedienung der Fahrgäste zusammenhängen, dürften diese Bedenken aber zurücktreten lassen. Dagegen soll beantragt werden, wieder

Sommellorten einzuführen zu etwas ermäßigtem Preise, und zwar für 7 Fabriken zu 20 Mark. Die Straßenbahnverwaltung hat sich auch bereit erklärt, diesem Wunsch näherzutreten.

Die Deutschen wollen aber nicht nur die Straßenbahn an das Privatkapital verschachern, sondern sie fordern noch ein weiteres Zugeständnis: nämlich eine mindere Erhöhung der Gewerbesteuererträge, als sie in der Magistratsvorlage vorgesehen sind.

Die Fraktion unserer Partei wird nicht von ihrem im Statausschuß eingenommenen Standpunkt abgehen. Sie erachtet es insbesondere mit der Würde einer Stadtverordnetenversammlung für unvereinbar, deren Haltung in so entscheidenden Fragen, wie es die vorgesehene Mehrbelastung der minderbemittelten Bevölkerung ist, durch ein Pressionsmittel des Magistrats bestimmen zu lassen. Der Beschluß des Magistrats, die weitere Auszahlung der Löhne einzustellen, muß von ihm selbst verantwortet werden; die Stadtverordnetenversammlung kann sich unmöglich zu einer bestimmten Stellung bei weittragenden finanziellen Vorlagen durch Beschlüsse des Magistrats zwingen lassen, sondern kann nur nach sachlichen Gründen frei entscheiden. Es braucht nicht besonders betont zu werden, daß unsere Fraktion gegen beide Zugeständnisse, die die Deutschen für sich fordern, stimmen wird. Sie ist so wohl entschieden gegen eine Verschachierung der Straßenbahn an das Privatkapital, als auch gegen eine Herabsetzung der Gewerbesteuererträge. In der heutigen Stadtverordnetenversammlung wird sich das Schicksal der neuen städtischen Tarife entscheiden.

Vom internationalen Arbeitsamt

Genf, 20. März.

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes wird am 4. April in Rom zusammentreten. Zur Beratung steht unter anderem die Frage der Revision des Teiles 18 des Friedensvertrages, der die Satzungen des Internationalen Arbeitsamtes enthält. Auch wird die Frage zu lösen sein, wie Art. 308 des Vertrages zu verstehen ist, wonach acht Regierungsvertreter im Verwaltungsrat von den wichtigsten Industriestaaten ernannt werden sollen. Eine Mitteilung des Arbeitsamtes weist auf die besondere Bedeutung hin, die dieser Tagung zukommt, die nur wenige Tage vor der Konferenz von Genua zusammentritt.

Die Riesenausperrungen in England

Intel. London, 30. März.

Die von den Unternehmern in ihren Betrieben angefügten Kündigungen der Metallarbeiter laufen in acht Tagen ab, so daß nach dieser Frist allein 600 000 Metallarbeiter ausgesperrt sein werden. Auch in der Schiffbauindustrie trat heute die Aussperrung in Kraft, von der 350 000 Arbeiter betroffen werden. In einigen Tagen dürfte sich die Gesamtzahl der Aussperrten auf nahezu 1 Million belaufen. Die Verhandlungen zwischen den Arbeitervertretern und den Unternehmern, die gestern noch bis in die späten Abendstunden hinein fortgesetzt wurden, verliefen ergebnislos, da die Unternehmer auf ihrem Standpunkt beharrten, daß die Arbeiter vorbehaltlos die Bedingungen der Unternehmer annehmen müßten. In Widerspruch hiermit steht die Haltung des Vorstehenden des Unternehmerverbandes, Allan Smith, demgegenüber sich die Arbeitervertreter bereit erklärten, die Vorschläge der Unternehmer anzunehmen, jedoch unter der von Allan Smith selbst gebilligten Bedingung, daß die gegen 47 Arbeitnehmerverbände angekündigte Aussperrung nicht zur Tat werde. Eine Konferenz von Arbeitnehmern beschloß, von Allan Smith eine Erklärung über die bisherigen Verhandlungen zu erbitten. In Gewerkschaftskreisen erklärt man, daß die Unternehmer keinen großen Wert auf baldige Beilegung der Aussperrung legen, da sie uneingeschränkt

ten Einfluß auf die Gestaltung der Arbeitsbedingungen zu gewinnen hoffen und den Gewerkschaften nur die Rolle einer einfachen Organisationsfunktion gegenübertreten möchten.

Die Aufforderung des Verbandes der Schiffswerkstättenarbeiter an seine Mitglieder, die Lohnbedingungen der Unternehmer zurückzuweisen, wurde strikt befolgt. Alle Werften sind stillgelegt, obwohl die Urabstimmung über die geplanten Lohnveränderungen noch nicht vorgenommen ist. Alle Angelegenheiten werden jedoch darauf hin, daß sich eine starke Mehrheit für deren Ablehnung finden wird.

Der italienische Hafenarbeiterstreik

Nach einer Meldung des „Avanti“ hielt der Ministerpräsident mit den Gewerkschaftsführern sowie den Sekretären des Hafenarbeiterverbandes eine Besprechung ab. Daraus fand ein Ministerrat statt, der Maßnahmen bezüglich des Hafenarbeiterstreiks beriet. Man glaubt, daß diese Maßnahmen für die Arbeiter zufriedenstellend sein werden. Heute wird das Zentralkomitee der Hafenarbeitergewerkschaft zusammentreten und voraussichtlich Donnerstag in allen Häfen den Streik für beendet erklären.

Zur Stunde hält der Hafenarbeiterstreik noch ungezwungen an. Dadurch sind allein im hiesigen Hafen etwa 40 Kohlenfahrzeuge mit insgesamt 800 000 Kohle stillgelegt, während sich die Gesamtzahl der vom Streik in Mitleidenschaft gezogenen Schiffe, die auf ihre Ausladung warten, auf 80 beläuft.

Vom französischen Militarismus

Paris, 30. März.

In der gestrigen Kammer Sitzung hat der Berichterstatter für die Regierungsvorlage, Abgeordneter Ferns, ebenso auch der Kriegsminister Maginot, den Gesetzentwurf des sozialistischen Abgeordneten Boucourt auf Schaffung einer Miliz abgelehnt. Abgeordneter Klotz stellte hierauf den Antrag, angelehnt der parlamentarischen Lage gegenüber der Regierungsvorlage in eine erneute Prüfung der Texte einzutreten, um die Ferien dazu zu benutzen, den Gesetzentwurf nochmals durch den Deereauschuß und den Finanzausschuß prüfen zu lassen. Dieser Antrag wurde vom Ministerpräsidenten bekämpft. In zwei oder drei Tagen findet die Abstimmung über einen Änderungsantrag statt, der entscheidet. Die Regierung werde mit voller Offenheit die Verantwortung in allen Fragen vor dem Lande und vor der Kammer übernehmen. Der Ministerpräsident wurde vom Kriegsminister Maginot und von André Lescure unterstützt. Der Antrag Klotz wurde schließlich mit 401 gegen 188 Stimmen abgelehnt. Auch der Antrag Boucourt wurde mit 400 gegen 147 Stimmen abgelehnt.

Der Mieterbetrug durchgeführt

Festsetzung der Mietzuschläge auf 120 Prozent!

Amlich wird gemeldet: Nachdem Stadtkämmerer Dr. Karding, Stadtrat Bühl und Direktor Wild vom Wohnungs- und Mietseinsparungsamt dem Wohlfahrtsminister nachgewiesen hatten, daß dem Grundbesitz schon wieder neue Lasten durch Erhöhung der Kanalisations- und Müllabfuhrgebühren erwachsen seien, zog dieser seinen Einspruch gegen die vom Magistrat beschlossene Mieterhöhung zurück. Es bleibt also bei den vom Magistrat vorgeschlagenen Sätzen. Für sämtliche Wohnungen wird ein Zuschlag von 120 Prozent zur Friedensmiete erhoben, für gewerbliche Räume bis 2000 Mark Friedensmiete ein solcher von 180 Prozent. Die Veröffentlichung der neuen Bestimmungen wird morgen erfolgen, so daß die neuen Sätze schon vom 1. April ab Geltung haben. Die Kosten für die Zentralheizung müssen von nun an in voller Höhe von den Mietern getragen werden. Laufende Verträge werden durch die Mieterhöhung nicht berührt.

Die Interessen des Grundbesitzes haben somit auf der ganzen Linie gesiegt, während die ungleichlich berechtigteren Interessen der Bevölkerung wieder einmal zu kurz gekommen sind, wobei die Pöbellichkeit, mit der den neuen Mietzuschlägen schon zum 1. April Geltung verliehen wird, als besondere Härte den schon an sich unerträglich hohen Druck dieser unsozialen Maßnahme noch schmerzlicher gestaltet, als er ohnehin schon ist.

Mit den neuen Mietzuschlag sollen die sogenannten kleinen Reparaturen abgegolten sein. Mit solcher Abgeltung ist die Mieterschaft schon einmal hereingefallen. Bei der Erhöhung des Mietzuschlages auf 45 Prozent traf der Magistrat Berlin unter dem 16. Juni 1921 folgende Bestimmung: „Mit dieser Herabsetzung des Mietzuschlages sind die bis zum Tage der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung eingetragenen Erhöhungen der öffentlichen Abgaben als abgegolten anzusehen.“ Die Bestimmung wurde aber später, als die Hauswirte zu Tausenden mit Erstattungsanträgen aus § 10 der Höchstmietenanordnung hervortraten, vom Magistrat in den für die Erledigung solcher Anträge aufgestellten Richtlinien wieder aufgehoben. Es heißt wörtlich, die im Juni 1921 zugehenden Abgeltung „bleibt bei der Berechnung der Zinsen unberücksichtigt.“ Hiernach haben die Mietseinsparungsämter natürlich durchweg gehandelt, so daß die Mieter bisher auch die Zehlbeträge an öffentlichen Abgaben zahlen mußten.

Entkommunalisierung städtischer Güter

Eine Frage von grundsätzlicher Bedeutung wurde in der Sitzung der Güter- und Forstdeputation entschieden. Der Magistrat hat der Deputation vorgeschlagen, fünf der unrentablen Güter nicht mehr in eigener Verwaltung zu bewirtschaften, sondern zwecks besserer Ausnutzung Privatpächtern zu überlassen. Als erstes Gut kommt das der früheren Gemeinde Lichtenberg gehörende Talsdorf in Frage, welches die Güterdirektor Dr. Raths mittelste, zu den am schlechtesten wirtschaftenden Gütern gehört. Eine Ausdeutung hat nicht stattgefunden, da sich schon genügend Reflexionen gemeldet hatten. Von unseren Genossen wurde darauf hingewiesen, daß, wenn ein Pächter 2 Millionen M. Pacht zahlen und dabei einen gewiß nicht geringen Nutzen erzielen will, dann muß es bei ordentlicher Verwaltung auch der Stadt Berlin möglich sein, Uberschüsse aus dem Gut zu erzielen. Die Arbeiterlöhne sind nicht höher als auf den Privatgütern, und ebenso spielen die sogenannten sozialen Kosten bei weitem nicht die erschwerende Rolle, wie immer behauptet wird. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß das Gut Talsdorf während des Krieges infolge der allgemeinen Vernachlässigung heruntergekommen und ein erheblicher Teil der jährlichen Zuschüsse, welche das Gut erforderte, zur Ausrottung und Wiederherstellung der Pflanzungen verwandt werden mußte. Nachdem dies ge-

Er war bedeckt mit einer bunten Decke, auf die eine Kaffeekanne mit behäbigem Dampf, zwei Tassen und ein paar Teller gestellt waren.

In einem eisernen Ofen im Hintergrund des Gewölbes glühten Kohlen, und sein Röhren war durch die Decke geführt, damit der Rauch einen Ausweg finde.

Am Tisch saßen eine alte Frau und ein alter Mann mit geblichem Haar, gebrechlichem und gebücktem Körper.

Seine Augen waren wohl so weit, standen so starr, fragend und forschend, daß die alte Frau mir Antwort bot, obwohl mein Mund noch stumm blieb.

„Na ja, wir wohn'n man hier im Grab.“

„Na, Wohnungen gibt's doch nicht für arme Leute!“

Ich wußte verschiedene große Wohnungen und Villen in Amalienau, Judditen und Marasenhof, in denen nur eine Familie lebt und leicht ein paar alte Leute einlogiert werden konnten.

„Im Sommer ging's all' noch!“ sagte nun der alte Mann. „Aber nu sind die Nächte schonst kalt, und wenn der Winter kommt, kriegt man das Grab nicht warm.“

„Aber, mein Gott, wie schlafen Sie denn in dem Gewölbe?“

„Na, komm'n Sie man rein. Seh'n Sie, hier steht ein altes Sofa, das hab'n wir noch gerettet, da liegt meine Frau. Und da in der andern Eck' auf der Feldbettstell', die hat mir mal einer geschenkt, da liegt' ich. Na, und 'n paar Decken und Säck' zum Bedecken hat man ja noch.“

Das Gewölbe war geräumig, ja man konnte es groß nennen und nicht niedrig. Aber so dumpf war es da drin, daß es einem auf die Brust drückte.

„Ja, waren denn keine Särge, keine, keine... Knochen im Erdbegräbnis?“

„Ruchst! Das Grab muß wohl schonst sehr alt sein. Da, seh'n Sie man, über der Tür ist 'n Schildche, und da is wohl was darauf, aber ich kann das nicht lesen.“

Auf dem Schild hatten ein paar Namen gestanden, gewiß auch Sprüche und Verse aus der Feldbettstell', die hat mir mal einer geschenkt, da liegt' ich. Na, und 'n paar Decken und Säck' zum Bedecken hat man ja noch.

In einer Ecke der Platte entdeckte ich schließlich noch eine serriffene Nadel. Mit aller Mühe entzifferte ich Zehnjehn-

hundert. Die beiden andern, noch fehlenden Zahlen waren nicht zusammenzubringen.

„Die Wohnung hab'n wir mal so zufällig gefund'n“, fing das alte Weiblein wieder an. „Na und der Friedhofsinventor, das is'n nettes Mannche, der laßt uns in Ruh. Na, und wir tun ja auch keinem Menschen was.“

„Man bloß, man will doch wenigstens 'n Dachche über 'n Kopf hab'n“, beteuerte der alte Vater.

Kopfschüttelnd ging ich.

Vollkommen und wie benommen von etwas Unerhörtem.

So sah der gedeckte Tisch aus, den ich in Königsberg gesehen.

Er war bestimmt nicht so fein und so vornehm, wie der in der Berliner Ausstellung.

Er war weder komfortabel, noch aller Kunst voll.

Aber eins hatte dieser Tisch in Königsberg bestimmt vor seinem Kollegen in Berlin voraus.

Er war originell.

Und ich dachte mir, als ich von der Ausstellung kam, daß kommt auch Königsberg zu.

Denn es ist nun mal eine originelle Stadt!

Tages-Notizen.

Stroh-Kaas für die proletarischen Feiertunden. Donnerstag, abends 7.30 Uhr, in der Halle des Gophien-Hochschulmannes, Steinstr. 11, ein Stroh-Kaas. Alle Mitglieder müssen persönlich erscheinen. **Wahltag.** Bei Heller, Aufstiegsbaum 44 (10-6 Uhr) Werke von Schmidt, H. H. H. H.

Größes Schachspiel. Die den Abkommen der nächsten Spielzeit entsprechende Vergütung, Karten für die 7. und 8. Vorstellung im Schauspielhaus zu den Wohnmietenpreisen des Großen Schauspielhauses zu beziehen, heißt nur bis zum 1. April 1922, 3. Stellung.

Die Reichsregierung veranstaltet Sonnabend in ihren Räumen Wilhelmstraße 10-12, einen **Musikalischen Abend** am 2. April, 7.30 Uhr abends, einen Vortrag von Theo van Doesburg. Über den Witz zum Teil, Anwesenheit von Leben, Kunst und Tod, mit Lichtbildern, bei freiem Eintritt.

Schule und Erziehung. Sonntag, nachmittags 4 Uhr, Versammlung des Bundes evangelischer Schullehrer in Spandau, Lorenzstraße, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Stadtkämmerer für die Sommerferien in Ruhland. Der ursprüngliche für den 23. März angelegte Plan der Stadtkämmerer in Ruhland findet Montag, abends 8 Uhr im **Stadtkämmerer**, Aufstiegsbaum 112, statt. Karten mit dem Datum des 23. März behalten ihre Gültigkeit. **Wirtstenden:** Ein Rosen und Ernst Denzler.

